

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 59 (1979)
Heft: 3

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare

MILITÄRBÜNDNIS – KLAMMER UND MACHTINSTRUMENT

Rumäniens Widerspenstigkeit offenbart neuerlich die Probleme des Warschauer Paktes

Die jüngsten Vorstösse Rumäniens zugunsten einer Senkung der Militärausgaben und gegen den Ausbau der militärischen Integration im Ostblock, gekoppelt mit den geharnischten sowjetischen Antworten, haben die Aufmerksamkeit der westlichen Öffentlichkeit auf die Probleme innerhalb des wenig bekannten östlichen Bündnissystems gelenkt. Im Gegensatz zu den von den Massenmedien jeweils ausführlich wiedergegebenen Beschlüssen, aber auch Diskussionen und Konflikten auf den Ministertagungen der NATO-Mitgliedstaaten, treten die obersten Gremien des Warschauer Paktes weitaus seltener zusammen und dienen in erster Linie als ein für die Öffentlichkeit bestimmtes Forum zur Verkündung der jeweiligen aussenpolitischen Linie des Ostblocks. Seit der Gründungskonferenz, die am 14. Mai 1955 in Warschau mit dem Abschluss des Vertrages «über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand» zu Ende ging, sind bisher bloss 16 Konferenzen des Politischen Beratenden Ausschusses abgehalten worden.

Dass Gipfelkonferenzen relativ selten und in unregelmässigen Abständen einberufen werden, obwohl bei der ersten Tagung festgesetzt worden war, dass der Konsultativausschuss «nach Bedarf, jedoch minde-

stens zweimal jährlich zusammenetreten sollte», hängt mit der bewegten Geschichte und mit den Wandlungen im Ostblock zusammen. Der Pakt wurde seinerzeit von acht Staaten (Albanien, Bulgarien, Ungarn, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und der Tschechoslowakei) als Antwort auf die Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO gegründet. Von Anfang an diente also die östliche Allianz als eine Art politische «Kaufmünze» für die NATO. Wiederholt erklärten die Sowjetunion und ihre Verbündeten, sie würden den Pakt sofort auflösen, wenn mit der NATO das gleiche geschähe. Ferner wird im Artikel 11 ausdrücklich festgestellt, dass der Vertrag seine Gültigkeit am Tag des Inkrafttretens eines gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit in Europa verliert.

Was immer die ursprüngliche Motivation gewesen sein mag, bildet der Pakt seit vielen Jahren zusammen mit dem Comecon, der Wirtschaftsorganisation, ein wichtiges Herrschaftsinstrument im Gewand einer multilateralen Organisation für die sowjetische Hegemoniemacht. Von den Gründungsmitgliedern war Albanien seit 1962 praktisch nicht mehr aktiv und kündigte am 30. September 1968 aus Protest gegen die Intervention von fünf Warschauer-Pakt-Staaten in

der Tschechoslowakei seine Mitgliedschaft (Rumänien hatte sich bekanntlich an der Aktion nicht beteiligt). Derzeit gehören der Organisation also sieben Staaten an.

Kuriosität am Rande: Von den acht Ministerpräsidenten, die seinerzeit den Vertrag unterzeichnet hatten, ist als einziger ausgerechnet der Albaner Mehmet Shehu im Amt. Der Bulgar Tscherwenkoff und der Pole Cyrankiewicz leben als Politpensionäre in Sofia beziehungsweise in Warschau. Die zweifellos interessanteste Laufbahn kann der ungarische Unterzeichner, Andras Hegedüs, aufweisen. 1956 musste er in einem russischen Panzer vor dem Volkszorn flüchten, später wurde er aber nicht nur ein äusserst fähiger Soziologe, sondern schliesslich sogar ein systemkritischer Theoretiker, der wegen seiner «revisionistischen» Ansichten im Jahre 1973 aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Der Abschluss des Warschauer Vertrages diente sowohl der militärischen Integration des Ostblocks als auch der Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine weitere Stationierung sowjetischer Truppen in einzelnen Ostblockländern. Nur einen Tag nach der Warschauer Konferenz wurde der Staatsvertrag mit Österreich unterzeichnet, und die Sowjetunion wäre aufgrund der Friedensregelung verpflichtet gewesen, ihre Truppen aus Ungarn und Rumänien innerhalb von 40 Tagen abzuziehen. Der Völkerrechtsexperte und Sowjetologe Universitätsprofessor Boris Meissner meint, der Warschauer Vertrag sollte darüberhinaus der Sowjetunion die völkerrechtliche Handhabe geben, ihre Truppen in Polen zu be-

lassen, falls es zur Räumung der DDR kommen sollte.

Der Vertrag ist eines der kürzesten internationalen Dokumente und besteht aus einer Präambel und bloss elf Artikeln. Artikel 4 – der wichtigste – stellt fest, dass die Beistandspflicht lediglich «im Fall eines bewaffneten Überfalls in Europa auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages» besteht. Auch der derzeitige ungarische Vizepremier Jozsef Marjai betonte 1975 anlässlich des 20. Jubiläums des Paktes in einem Aufsatz, dass der Pakt «eine regionale Verteidigungsorganisation» sei, dem «miteinander benachbarte europäische Staaten» angehörten. Da im Jahr 1974 kein Mitgliedstaat den Vertrag gekündigt hat, bleibt er automatisch bis 1985 in Kraft. Wichtig ist ferner Artikel 9, der es «unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung» anderen friedliebenden Staaten ermöglicht, dem Pakt beizutreten. Nach aussen hin ist also der Warschauer Pakt eine «offene Organisation».

Nicht zufällig betonte dieser Tage Rumäniens Präsident Nicolae Ceausescu in seinen zahlreichen Reden, dass nur ein «imperialistischer Angriff in Europa» den Bündnisfall darstellt, also ein Angriff etwa auf den asiatischen Teil der Sowjetunion, die Warschauer-Pakt-Staaten nicht zum Beistand verpflichten würde.

Eine solche Wertung ist allerdings deshalb umstritten, weil die Sowjetunion mit allen anderen Ostblockstaaten, auch mit Rumänien (seit dem 7. Juli 1970) durch erneute Beistandsverträge verbunden ist, deren territorialer Geltungsbereich nicht auf Europa begrenzt ist. In allen diesen

Verträgen heisst es, dass bei einem bewaffneten Angriff irgendeines Staates oder irgendeiner Gruppe auf einen der Vertragspartner der andere dies als einen Angriff auf sich selbst zu betrachten und unverzüglich jeden Beistand zu leisten habe. Nur angesichts dieser Verpflichtungen kann man also die doppelbödigen Erklärungen Präsident Ceausescus verstehen, wonach Rumänien nur «einen Verteidigungskrieg gegen eine imperialistische Aggression führen und ihre Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten im Fall einer gegen diese gerichteten imperialistischen Aggression erfüllen» würde. Aber selbst wenn einige Nachbarn Rumäniens angegriffen werden sollten, würde jede rumänische Einheit oder jeder rumänische Soldat nur «auf Grund der Befehle unserer Partei- und Staatsorgane» handeln.

Der Artikel 5 des Warschauer Vertrages schuf ein vereintes Kommando als militärische Führungsspitze. Zum ersten Oberkommandierenden wurde der Sowjetmarschall Konjew ernannt. Von Anfang an waren sowjetische Generäle als Oberkommandierende, Generalstabschefs, deren erste Stellvertreter, als Generalsekretär des Sekretariats usw. für alle wichtigen Funktionen zuständig. Angesichts des erdrückenden militärischen, wirtschaftlichen und bevölkerungsmässigen Übergewichtes der Sowjetunion ist eine echte Rotation der Führungspositionen fast unvorstellbar. Der britische Militärexperte Malcolm Mackintosh meinte, die überwiegende Mehrheit der sowjetischen politischen und militärischen Spitzenführer würde allein von der Vorstellung etwa eines rumänischen Generalstabschefs

und eines polnischen Stellvertreters vor Schrecken erstarren. Deshalb war auch der 1966 nach Bukarester Indiskretionen hochgespielte rumänische Vorstoss zugunsten einer Rotation bloss ein taktisches Manöver, um die sowjetischen Forderungen nach einer beschleunigten militärischen Integration abzuwehren.

Seinerzeit wurde übrigens auch eine ständige Kommission zur Ausarbeitung von Empfehlungen für aussenpolitische Fragen sowie ein vereintes Sekretariat, beide natürlich mit Sitz in Moskau, geschaffen. Nichts könnte die Tücken der Geheimhaltung besser illustrieren als die Tatsache, dass erst 20 Jahre später, im November 1976 nach der Bukarester Gipfelkonferenz der Paktstaaten, der damals aufsehenerregende Beschluss verkündet wurde, ein Komitee der Aussenminister, ferner ein vereintes Sekretariat aufzustellen. Mit anderen Worten, die im Januar 1956 bei der Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses gegründeten ähnlichen Gremien hatten entweder nie wirklich funktioniert oder wurden irgendwann stillschweigend abgeschafft.

Wie dem auch sei, ist das Übergewicht der Sowjetunion ebenso drückend geblieben wie ihr Bestreben, dem vereinten Oberkommando über nationale Kompetenzen zu übertragen. Einige Zahlen veranschaulichen die Machtrealitäten östlich der Elbe: Die Sowjetunion hatte 1975 einen Anteil von 85 Prozent am Wert der gesamten Militärleistungen des Ostblocks und einen von mehr als 70 Prozent am Bruttonzialprodukt und an der Bevölkerung. Die entsprechenden Zahlen lauteten damals

für die Vereinigten Staaten in der NATO 70 Prozent, 51 Prozent, 39 Prozent. Die sowjetischen Streitkräfte (3,67 Millionen Mann stark) sind 3,4mal grösser als die Gesamtstärke aller anderen Paktstreitkräfte zusammen. Die Rolle Moskaus im Warschauer Pakt ist also bei weitem stärker als die Washingtons in der NATO, ganz abgesehen von den ideologischen und politischen Aspekten.

Die UdSSR als militärische, politische und ideologische Hegemoniemacht sichert eine einheitliche Doktrin, Führung und Rüstung. Es gibt keine Auseinandersetzungen wie in der westlichen Allianz zwischen Waffenproduzenten. Im Osten hat die Sowjetunion eine Monopolstellung. Die sowjetische Rüstungstechnologie dominiert, auch bei den Exporten in die Dritte Welt.

Die andere und übrigens auch in der westlichen Presse oft übersehene Kehrseite der Medaille ist freilich, dass die sowjetische Bevölkerung eine unvergleichlich grössere Rüstungslast tragen muss, als die der kleineren Warschauer-Pakt-Staaten. Angesichts der verzerrten Preise, unterschiedlichen Berechnungen und verborgenen Wehrausgaben sind alle Vergleiche mit dem Westen und auch zwischen den einzelnen Paktstaaten umstritten. Doch geben die Schätzungen, wie etwa die des angesehenen Londoner Instituts für Strategische Studien einen gewissen Anhaltspunkt. Danach lag 1976 der Anteil der Militärausgaben am Bruttonsozialprodukt der Sowjetunion zwischen 11 und 13 Prozent, in der DDR bei 6 Prozent, in Polen bei 3,6, in der CSSR bei 3,5, in Bulgarien und Ungarn bei jeweils 2,6 und in Rumänien nur bei 1,8 Prozent. Die

Pro-Kopf-Ausgaben für Rüstung (in Dollar berechnet) betrugen, laut dem Londoner Institut, 1976 in der Sowjetunion 492 Dollar, während (hier standen Zahlen für 1977 zur Verfügung) die entsprechenden Zahlen für die DDR 167 Dollar, die CSSR 108, Polen 70, Bulgarien 61, Ungarn 56, dagegen für Rumänien bloss 38 Dollar betragen haben dürften.

Das sowjetische Drängen auf verstärkte Koordination wurde nicht zu Unrecht auch mit dieser Kostenverteilung motiviert. Man muss freilich bei der Einschätzung der Bedeutung des Warschauer Vertrages die Tatsache berücksichtigen, dass die Sowjetunion eine Auflösung der beiden Militärblöcke nicht nur wegen ihrer geographischen Lage leichter verdauen könnte als die Vereinigten Staaten. Es geht auch darum, dass nach dem Krisenjahr 1956 die Sowjetunion ihre Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten durch ein doppeltes Netz von Verträgen abgesichert hat. Der ungarische Volksaufstand hatte nämlich auch das Problem aufgeworfen, dass der Warschauer Vertrag keine vorzeitige Revision beziehungsweise Austrittsklausel kennt. So entstand eine Debatte über die Möglichkeit einer Aufkündigung des Paktes während des ungarischen Aufstands durch die Imre-Nagy-Regierung am 1. November 1956. Auch über die gleichfalls wichtige Frage, ob der Beistand auch gegen den Willen des Opfers eines bewaffneten Angriffs möglich ist, gibt es unterschiedliche Meinungen. Der bekannte sowjetische Völkerrechtler Tunkin erklärte, dass das Prinzip des Nichtangriffs deshalb nicht erwähnt werde, da «in den Beziehungen zwi-

schen sozialistischen Staaten für die Anwendung dieses Prinzips keine Grundlage besteht». Solche Fragen gewannen besondere Aktualität im Fall der militärischen Interventionen der Sowjetunion im Herbst 1956 in Ungarn (später als «ein Akt der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse bezeichnet»), und der UdSSR, Polens, der DDR, Ungarns und Bulgariens im August 1968 in der Tschechoslowakei.

Gerade darin besteht in sowjetischen Augen zugleich Tragik und Ironie des Schicksals, dass die eigenen Bündnispartner eher potentielle Gegner waren, die bisher dem Kreml die grössten Schwierigkeiten verursachten: 1956 Ungarn, 1961 Albanien, 1968 die Tschechoslowakei und seit nunmehr 15 Jahren Rumänien als eine Art «Dauerbrenner». Die sowjetischen Streitkräfte waren seit dem Zweiten Weltkrieg nur gegen ihre eigenen Verbündeten im Einsatz: In der DDR 1953, in Ungarn 1956, in der Tschechoslowakei 1968, und in Polen konnte man 1956 und möglicherweise auch 1970 sowie 1976 einer ähnlichen Gefahr nur knapp entgehen.

Nichtsdestoweniger ist die sowjetische Militärpräsenz durch die 1956/57 abgeschlossenen Verträge über die «zeitweilige Stationierung» der sowjetischen Truppen in Polen, Ungarn und der DDR und seit 1968 in der Tschechoslowakei abgesichert, ebenso wie das «Recht auf Intervention» im Sinne der in allen bilateralen Beistandspakten (mit der Ausnahme Rumäniens) festgelegten Pflicht, die so genannten «sozialistischen Errungenschaften» eines jeden Landes gemeinsam zu schützen. Rumänien ist ein Sonderfall seit Juni 1958, als die So-

wjettruppen im Einklang mit den grossen Abrüstungsangeboten Chruschtschows abgezogen wurden. Diese Geste entpuppte sich insofern als ein folgeschwerer Fehler, als Rumänien dadurch überhaupt erst die Bedingungen für seinen spektakulären Unabhängigkeitskurs erhalten hat.

Wer könnte sich heute noch vorstellen, dass in der allerersten Zeit sogar Beobachter Chinas an den höchst geheimen Sitzungen des Warschauer Paktes teilgenommen haben? Laut Marjai bestand bis 1961 der Status des Beobachters bei dem Politischen Beratenden Ausschuss. Damals galt noch der «deutsche Militarismus und Revanchismus» als Hauptgefahr und zugleich nützlicher Kitt für den Pakt.

Die Weltöffentlichkeit hört in der Regel nur von den langatmigen Erklärungen, die von Zeit zu Zeit nach den Sitzungen des obersten Gremiums herausgegeben werden. So beschweren sich auch diesmal sowjetische Journalisten und Beamte, dass sich die westliche Presse mit dem jüngsten Abrüstungsauftruf des Pakts, der übrigens drei ganze Zeitungsseiten füllt, nicht beschäftigt, dagegen dem rumänischen Alleingang breiten Raum gewidmet hat. Dass die Tatsache der rumänischen Weigerung, einer Verurteilung der direkten ägyptisch-israelischen Verhandlungen zuzustimmen, mehr Widerhall gefunden hat als die Erklärung, versteht sich von selbst. Doch muss auch darauf hingewiesen werden, dass Rumänien bereits am 7. März 1968 bei der Gipfeltagung in Sofia eine Erklärung über die Nichtverbreitung von Kernwaffen beziehungsweise einen entsprechenden sowjetischen Vertragsentwurf nicht unterzeichnet hat.

Die potentiell vielleicht wichtigste organisatorische Umstellung erfolgte im März 1969, als ein Komitee von Verteidigungsministern sowie ein Verteidigungsrat, bestehend aus den stellvertretenden Verteidigungsministern der einzelnen Paktstaaten, gegründet wurde. Westliche Beobachter hoben die Tatsache hervor, dass seit dieser Reorganisation die Verteidigungsminister der einzelnen Staaten nicht mehr dem sowjetischen Oberkommandierenden direkt unterstellt sind. Die Gipfeltagung, die in Budapest diese Beschlüsse gebilligt hat, dauerte übrigens bloss insgesamt zwei Stunden ...

Damals wie heute erklärte Präsident Ceausescu, dass die rumänischen Streitkräfte nur dem Parlament beziehungsweise den eigenen Partei- und Staatsorganen gehorchen werden. Die Rumänen operieren seit eh und je mit der Berufung auf den Artikel 8 des Warschauer Vertrages, wonach die Partner «in Befolgung der Grundsätze der gegenseitigen Achtung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität

und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten handeln werden», mit anderen Worten, Ceausescu und seine Mitarbeiter handeln, als ob das östliche Bündnis tatsächlich aus unabhängigen und gleichberechtigten Partnern bestünde.

Die rechtlichen Unterschiede und juristischen Spiegelfechtereien ändern indes nichts an der Tatsache, dass der Pakt ein Machtinstrument der Sowjets bleibt. «Die Streitkräfte des Warschauer Paktes sind die eisernen Klammern des Sozialismus», erklärte 1977 der neue Oberbefehlshaber der Warschauer-Pakt-Streitkräfte, der sowjetische General Viktor Kulikow. Deshalb wäre es wohl falsch, die militärische Bedeutung des rumänischen Alleingangs zu überschätzen. Es handelt sich dabei in erster Linie um eine politische Demonstration, die allerdings nicht nur der Sowjetunion, sondern auch den anderen moskautreuen Paktstaaten noch viele Schwierigkeiten bereiten wird.

Paul Lendvai

ZWISCHEN FINANZREFORM UND NATIONALRATSWAHLEN

1979 ist ein Nationalrats-Wahljahr. Man merkt es. Auch wenn der grosse Wahltag erst auf den letzten Sonntag im Oktober fällt, wird jegliches politische Trachten und Handeln längst auf diesen Tag ausgerichtet. Eine Art Vorentscheid wird dabei schon vom 20. Mai erwartet, haben doch am dritten Mai sonntag Volk und Stände wie-

der einmal über eine Finanzordnung zu entscheiden. Über eine Ordnung, die dadurch aus früheren Anläufen herausgehoben wird, dass sie mit der überfälligen Abkehr von ewigen Provisorien die geltende indirekte Bundessteuer nach dem System der Besteuerung des Warenumsatzes durch eine Steuer nach dem Mehrwert-

system ersetzen will. Das Kräftemes-
sen um Gehalt und Gestalt des Bun-
desfinanzhaushalts – von Haus aus
eines der dominierenden Themen
schweizerischer Innenpolitik – wird
im Zusammenhang mit den Wahlen
zu noch grösserer Bedeutung gestei-
gert, als sie diesem Gegenstand ohne-
hin eigen ist.

Taktische Spiele

Man hat in den letzten Monaten den
engen Zusammenhang mit wahlta-
tischen Spielen ausgiebig vor Augen
geführt bekommen: So gebieterisch
sich eine Sanierung des Finanzhaus-
haltes des Bundes aufdrängt, der sich
in einem eigentlichen Engpass befin-
det, so gross war die Versuchung für
die Partner der finanzpolitischen Aus-
einandersetzung, den Sachentscheid
durch eine Verschiebung bis nach den
Wahlen aus dem Wahlkonnex herau-
zuhalten. Es waren Bestrebungen fest-
zustellen, die im Parlament verzögerte
Vorlage vorläufig nicht vor den Sou-
verän zu bringen.

Ein in den kritischen Dezember-
tagen immer wieder zu hörendes Ar-
gument ging dahin, dass die Mehr-
wertsteuer, die in einer ersten Fassung
schon einmal – am 12. Juni 1977 –
dem Volksentscheid unterstand, diese
Probe aber nicht bestanden hat,
keinesfalls dem Risiko eines noch-
maligen Scheiterns ausgesetzt werden
dürfe. Dieses Risiko aber wäre im un-
mittelbaren Vorfeld der Wahlen grö-
sser als danach, wenn diese gelaufen
sind. Die «Prestige-Überlegungen»
der über die Ausgestaltung des Steuer-
pakets zerstrittenen Regierungspart-
ner wären nach dem Wahltag nicht

mehr von gleicher Bedeutung wie
heute, da man sich vor dem Wähler
«profilieren» möchte. So war von
Taktikern des bürgerlichen Lagers
allen Ernstes erwogen worden, die
Schlussabstimmung über die berei-
nigte Vorlage vom Dezember auf den
März zu verschieben, womit ein
Volksentscheid vor den Wahlen aus
praktischen Gründen dahingefallen
wäre.

Dieser Effekt wäre wohl unver-
meidbar gewesen. Aber wäre damit
ebenso automatisch die Ausgangslage
für die nicht-sozialistischen Parteien
besser gewesen? – Im Gegenteil: Die
Mehrheit unserer Politiker hat einge-
sehen, dass ein solches Vorgehen vom
Bürger nicht anders denn als Flucht
aus der Verantwortung qualifiziert
worden wäre. Die Linke, die sich
gegen die Verschiebung wandte, hätte
damit einen höchst erwünschten
Wahltrumpf zugespielt erhalten, wäh-
rend nun, da die Auseinandersetzung
um die Sachfrage durchgefochten
werden muss, die Trümpfe eher von
links nach rechts die Hand wechseln.
Denn der Verzicht auf die handfesten
Vorteile der Vorlage aus doktrinären,
bankenfeindlichen Überlegungen der
sozialdemokratischen Wortführer
dürfte gerade dem Wähler aus Links-
kreisen noch einige Selbstüberwin-
dung abfordern: Wer mit der Absage
an die Gesamtvorlage die im ausmo-
dulierten Wehrsteuerteil verheissen
Vorteile der Ausmerzung der «kalten
Progression» und der massiven Erhö-
hungen der Sozialabzüge entschwin-
den sieht, dem drängt sich das Ar-
gument geradezu auf, dass die politische
Linke seine Interessen eigentlich
schlecht wahrt...

Kurz und gut: Die Schlussabstim-

mung ist am letzten Tag der Dezembertagung durchgeführt worden. Im Nationalrat sogar unter Namensaufruf. Sie hat bei nur geringen Abweichungen von den Fraktionsparolen, welche Sozialdemokraten und Landesringler zu einem Nein verpflichteten, die Angehörigen des «Bürgerblocks» auf ein Ja festlegten, in der Volkskammer zu einer Unterstützung der Finanzvorlage mit 101 gegen 74 Stimmen geführt. Im Ständerat ist das Geschäft mit 31 gegen 6 Stimmen verabschiedet worden. – Die Taktierer hegten noch eine letzte Hoffnung, dass der skeptische Bundesrat zögern werde, den Abstimmungstag tatsächlich auf den letztmöglichen Vorwahltermin festzusetzen. In der ersten Sitzung im neuen Jahr hat der Bundesrat solchen Spekulationen ein Ende gemacht: die Abstimmung findet am dritten Maisontag statt.

Die Würfel sind gefallen: Wer konstruktiv politisieren will, weiß nun, was er zu tun hat. Er hat sich für den Kompromiss einzusetzen. Wenn dieser vor dem Volksverdikt nicht bestehen sollte, wäre nicht nur die Sanierung der Bundesfinanzen in weite Ferne gerückt. Es wäre damit wohl auch ein Vorzeichen für den Ausgang der Oktoberwahlen gesetzt. Bestünden in diesem Fall doch ernste Anzeichen, dass der Bürger geneigt wäre, mit den Sozialdemokraten zusammen eine Art Katastrophenpolitik zu betreiben. Der Erfolg, der ihnen mit der parteioffiziellen Unterstützung der Atominitiative am 18. Februar nur knapp vorbeigegangen ist, könnte dann, wenn im bürgerlichen Lager wieder dieselbe Unsicherheit herrschen sollte, ins Auge gehen.

Die Geschichte der Finanzreformen

Wer noch zögert und gläubig auf Wandlungen setzt, die zu besseren Lösungen führen sollen, sei auf die Geschichte der Finanzreformen hingewiesen. Sie tut eindeutig dar, dass noch jeder Versuch, über die Finanzpolitik die Gesamtpolitik zu steuern, längerfristig zum Scheitern verurteilt war. Man hat mit der Steuergesetzgebung kaum je viel anderes getan, als dass man eingetretene Entwicklungen widerstrebend nachvollzog. Die Wiedergabe der Fakten ist eindrücklich:

– Angefangen hat die Kalamität mit den Folgen des Ersten Weltkriegs, die dazu zwangen, die ausfallenden Zollerträge als bis dahin wichtigste Einnahmequelle auf der einen und die Kriegskosten auf der andern Seite durch die Erhebung einer als «einmalig» deklarierten Eidgenössischen Kriegssteuer auf dem Vermögen und dem Erwerb irgendwie auszugleichen. Unter dem Gebot der Not haben Volk und Stände im Juni 1915 diesem Antrag mit grossem Mehr zugestimmt. Die Kriegssteuer wurde 1916/17 erhoben. Nachdem 1918 eine sozialdemokratische Initiative auf dauernde Erhebung dieser Steuer noch abgelehnt worden war, musste schon 1919 eine «neue ausserordentliche Kriegssteuer» beantragt und für drei vierjährige Steuerperioden von 1921 bis 1932 geschluckt werden.

– Ihr Auslaufen erlaubte wiederum nicht einfach die Rückkehr zu den früheren Steuerverhältnissen. Obwohl in der Zwischenzeit einige Nebenquellen – es sei nur auf die neue Couponsteuer verwiesen – erschlossen worden waren, veranlasste die Wirtschafts-

krise der dreissiger Jahre mit ihrer Arbeitslosigkeit Regierung und Parlament, nach neuen Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts zu suchen. Und zwar schlug die Bundesversammlung am 13. Oktober 1933 den Weg des geringsten Widerstandes ein: Während Jahren wurde von nun an im Zeichen des Notrechts mit dringlichen Bundesbeschlüssen Finanzpolitik gemacht. Die Eingriffe der sich folgenden «Finanzprogramme» in den Säckel des Steuerzahlers mochten mit noch so variantenreichen Umschreibungen (Stichwort: Krisenabgabe) Abwechslung vortäuschen – in der Sache gliederten sie sich wie ein Ei dem andern, gingen auf die Abschöpfung von Einkommens- und Vermögensteilen aus und waren darauf angelegt, immer grössere Mittel flüssig zu machen.

– 1938 erfolgte der erste ernsthafte Versuch, zu einer Neuordnung des Finanzhaushalts von Dauer zurückzukehren: das Fiskalnotrecht sollte durch einen verfassungsmässigen Zustand abgelöst werden, der den Bund für die Bestreitung seines ordentlichen Haushaltes grundsätzlich wieder auf die Erhebung indirekter Steuern verwiesen hätte. Nur für «ausserordentliche», das heisst militärische Aufwendungen sollte der Zugriff auf Einkommen und Vermögen zulässig bleiben. Es tauchte für diese ausserordentliche Steuer denn auch erstmals der Begriff «Wehrsteuer» auf. Die im Vorfeld neuer Kriegsereignisse zu einer ersten «Übergangsordnung» modifizierte Finanzordnung 1938 ist in der Volksabstimmung vom 27. November gleichen Jahres für drei Jahre gebilligt worden.

– Die Verhältnisse waren auch

diesmal stärker. Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte, gestützt auf die Kriegsvollmachten vom 30. August 1939, ein neues Notrechtregime zur Folge. Die Landesregierung vermochte sogar in Übergehung des Parlaments die ihr notwendig erscheinenden Finanzbeschlüsse in Kraft zu setzen. Auf diese Weise hat der Bundesrat unter anderem 1940 die erste Warenumsatzsteuer eingeführt. Neben der Reaktivierung alter Bekannter (Wehrsteuer/Wehropfer) kam es auf gleiche Weise 1942 zur Einführung der Luxussteuer und ein Jahr darauf zur erstmaligen Erhebung einer Verrechnungssteuer. – Damit war das Instrumentarium geschaffen, das mit Variationen für lange Zeit angewandt und als zweckmässig befunden wurde. Als 1948 ein neuer Versuch für eine dauerhafte Finanzordnung unternommen wurde, enthielt die Botschaft des Bundesrates kaum Ansatzpunkte zu einem Verzicht auf bestehende Steuern.

– Die Behandlung dieser Vorlage im Februar 1949 vor dem Nationalrat führte im Gegenteil zur verhängnisvollen Zwangsvorstellung von den «Steuerzwillingen» West und Wust (Wehrsteuer/Umsatzsteuer), die bis jetzt jede Steuerordnung von Dauer verhinderte. Wohl ist in der Volksabstimmung vom 11. Mai 1958 die Bundesverfassung mit einigen Steuerkompetenzen in Nebenpunkten ergänzt worden. Die entscheidenden Grundlagen für die Ausstattung des Bundes mit den notwendigen finanziellen Mitteln sind immer wieder in befristeten Provisorien steckengeblieben. Da es nicht möglich war, ohne die beiden einträchtlichen Quellen auszukommen, haben sich die Proviso-

rien über die Jahre in mehr oder weniger rascher Folge die Hand gegeben, wobei diese Übergangsordnungen jeweilen um so ungefährdeter waren, wenn unmittelbar zuvor wieder einmal ein auf Dauer angelegter Reformversuch die Hürde des Parlaments oder des Souveräns nicht genommen hatte.

Die Vorlage vom 20. Mai

Die am 20. Mai nunmehr also gegen den Widerstand der Sozialdemokraten, des Landesrings und – vorläufig zumindest – der bürgerlichen Gewerbe-Rebellen von der Mehrheit des Parlaments und vom Bundesrat zur Annahme empfohlene Finanzordnung böte bei allen Vorbehalten, die ihr gegenüber auch von den Befürwortern in diesem oder jenem Punkt gemacht werden, einmal mehr die Gelegenheit, endlich die beiden massgeblichen Steuerquellen dauernd im Staatsgrundgesetz zu verankern: eine direkte Bundessteuer wie gehabt, mit den zeitgemässen Modifikationen, und eine indirekte Steuer nach dem Mehrwertsteuerprinzip, die gegenüber der geltenden Warenumsatzsteuer den unbestreitbaren Vorteil brächte, unsere stark exportorientierte Wirtschaft von wettbewerbsverzerrenden Belastungen auf den Auslandmärkten freizuhalten.

Wenn der erste Versuch einer solchen Systemänderung vor zwei Jahren mit 1 117 000 Nein gegen 760 000 Ja und allen gegen eine einzige befürwortende Standesstimme scheiterte, so mag die Befürchtung des Souveräns mitgespielt haben, dass mit der Erhöhung des Umsatzsteuersatzes von heute 5,6 Prozent bei Detail- und 8,4

Prozent bei Engroslieferungen auf den neuen Normalsatz von 10 Prozent bei der Mehrwertbesteuerung ein zu grosser Sprung gemacht worden wäre. Diesen Bedenken ist mit dem neuen Höchstsatz von 8 Prozent und einer entsprechenden Reduktion der Sätze für gastgewerbliche Leistungen (5 Prozent) beziehungsweise für Güter des täglichen Bedarfs (2,5 Prozent) Rechnung getragen worden. Nicht widerlegt sind damit allerdings die grundsätzlichen Widerstände gegen die Ausstattung des Fiskus mit ansehnlichen zusätzlichen Mitteln. Doch sollten solche Hemmungen durch die fatale Geschichte der über Jahrzehnte sich hinziehenden Steuerreformen heute zumindest erschüttert sein:

Mit dem Zögern vor ganzen Lösungen ist das «Sparziel» mitnichten erreicht worden, das dem zurückhaltenden Bürger vorschwebt. Die Bundesausgaben sind mit den Provisorien nicht weniger rasch angestiegen, als es ihnen ohne die Scheu vor dauerhaften Lösungen hätte beschieden sein mögen. Wenn auch in letzter Zeit die eine oder andere Feuerwehrübung erfolgreich zu verlaufen verhiess, so war dieser Erfolg immer nur für so lange gewährleistet, als nicht neue Anforderungen wieder ein Lockern der Bremse geboten. Will man nicht endlich aus solcher Erkenntnis die Konsequenz ziehen und jetzt den Schritt tun, der sich so lange schon aufdrängt? Dass die politische Linke bockt, weil ihre weitergehenden Forderungen (Bankensteuer) im Parlament unterlagen, sollte kein Hindernis-, sondern ein zusätzlicher Beweggrund sein, das Unternehmen zum Erfolg zu führen. Gerade in einem Wahljahr!

«Wahlertend»

Damit ist das Stichwort gegeben, auf die Wahlaspekte noch etwas näher einzugehen. Eine zusammenfassende Übersicht über die Entwicklung der Fraktionsstärken im Parlament möge die Grundlage für eigene Überlegungen des Lesers bilden. Nur ganz am Rande sei festgehalten, dass in den meisten Kantonen gleichzeitig mit den Nationalratswahlen auch Ständeratswahlen stattfinden. Diesen kommt im Zeichen der Gründung eines neuen Schweizerkantons heuer sogar besondere Bedeutung zu, wobei man vor allem auch mit Aufmerksamkeit dem Ergebnis der erstmals durchgeführten Volkswahlen für den Ständerat im alten Kantonsteil Berns entgegenseht.

Die Zusammensetzung des Nationalrates¹

	Sitze	Mandate in %
Sozialdemokraten	55	27,5
Freisinnige	47	23,5
Christliche Volkspartei	46	23,0
SVP (Bauern/Demokr.)	21	10,5
Landesring	11	5,5
Liberale	6	3,0
Partei der Arbeit	4	2,0
Republikaner	4	2,0
Evangelische Volkspartei	3	1,5
Nationale Aktion	2	1,0
PSA (autonome Tessiner Sozialisten)	1	0,5
	200	100

¹ Infolge innerer Zwistigkeiten im «nationalen Lager» sind im Verlauf der Legislatur kleine Verschiebungen eingetreten, die sich letztlich mit einem Fraktionswechsel für die Bauern in einem in der Zusammensetzung nicht berücksichtigten zusätzlichen Mandat niedergeschlagen haben.

Die Zusammensetzung des Ständerates

	Sitze
Christliche Volkspartei	18 ²
Freisinnige	14
Sozialdemokraten	7 ²
SVP	5
Liberale	1
Landesring	1
	46 ²

² In den schon durchgeführten Ständeratswahlen für den Kanton Jura ist ein neuer Sitz an die CVP, der andere an die Sozialdemokraten gegangen; einen weiteren Mandatsgewinn hatten die Sozialdemokraten auf Kosten des Freisinns schon in den nach den Bundesratswahlen vom Dezember 1977 notwendig gewordenen Ergänzungswahlen zu verzeichnen.

In der Vereinigten Bundesversammlung, die namentlich als Wahlbehörde für den Bundesrat in Erscheinung tritt, stellen heute die Christdemokraten mit 64 Sitzen die stärkste Gruppe. An die zweite Stelle sind dank dem Sitzgewinn in den Ständeratswahlen für den neuen Kanton Jura die Sozialdemokraten gerückt (62 Mandate), während die Freisinnigen mit 61 Sitzen auf den dritten Platz zurückgedrängt worden sind. An vierter Stelle figurieren die Bauern, die mit dem «nationalen» Zuwachs heute auf 27 Sitze kommen. Diese vier Parteien werden als Regierungsparteien bezeichnet, aus denen die Landesregierung rekrutiert wird. Der Bundesrat setzt sich seit 1959 nach der «Zauberformel» aus je zwei Freisinnigen, Christdemokraten und Sozialdemokraten sowie einem Bauernvertreter zusammen.

Der Vergleich des Ist-Zustandes mit der «Machtaufteilung» früherer

Legislaturen zeigt als hervorstechendes Merkmal das numerische Zusammenrücken der grossen Landesparteien. Der Leidtragende dieser Entwicklung ist der Freisinn, der als Schöpfer des Bundesstaates ursprünglich die alleinherrschende Regierungspartei war. Von 107 Nationalratssitzen, die 1848 bei der ersten Wahl zu vergeben waren, hat er deren 100 für sich in Anspruch genommen. Nur gerade sieben Sitze waren der damaligen konservativen Opposition überlassen worden. Allerdings bleibt zu vermerken, dass die Konservativen schon bei den Wahlen für die zweite Legislatur aus dem Schmollwinkel hervorkamen und ihre Mandatszahl mehr als vervierfachten. Gleichzeitig begann sich die Regierungspartei in einen radikalen, «zentralistischen» und den gemässigten Flügel der «wahrhaft Liberalen» zu gliedern. Die Sozialdemokraten, seit 1870 eine schweizerische Partei, hielten erst 1890 im Parlament Einzug. Der Eintritt der 1918 gegründeten Bauernparteien erfolgte sogar erst mit den Proporzwahlen nach dem Ersten Weltkrieg. So sassen im letzten Majorzparlament von 1917, dessen Mitgliederzahl inzwischen auf 189 angewachsen war, nur noch rund 55 Prozent «Radikale». Die Konservativen hatten 22 Prozent, die Sozialdemokraten 10 Prozent und die Liberalen 6 Prozent der Mandate inne. In den Rest teilten sich Demokraten und Vereinzelte.

Mit dem Übergang zum Proporzwahlssystem erfolgte dann der grosse Einbruch: 31,7 Prozent Radikalen standen beim Zusammentritt des neu gewählten Nationalrates im Dezember 1919 je 21,7 Prozent Konservative und Sozialdemokraten sowie 15,9

Prozent «Bürger und Bauern» gegenüber. Der immer noch ansehnliche Anteil des Freisinns bröckelte, unterbrochen von dem leichten «Zwischenhoch» der 47er Wahlen, in den seither durchgeführten 15 Proporzwahlen allmählich auf die 23,5 Prozent der 75er Wahlen ab, die den vorläufigen Tiefstand brachten. – Die Freisinnigen hatten aber auch, obwohl es für die Ständeratswahlen beim Majorz blieb, in den Wahlen für die Kleine Kammer von 1922 (vorher fehlen Vergleichszahlen, da die parteipolitische Zusammensetzung des Ständerates nicht registriert wurde) bis 1947 einen steten Rückwärtsgang zu verzeichnen: mit damals 11 Sitzen hatten sie ihre Startposition gerade um die Hälfte eingebüßt!

Die Konservativen verharrten im gleichen Zeitraum fast «bewegungslos» auf ihrem Besitzstand und hatten nur in den 50er Jahren mit dem Überschreiten der 24-Prozent-Marge einen vorübergehenden Höhepunkt zu verzeichnen. – Anders die Sozialdemokraten: Bis 1935 waren sie allmählich auf 26,8 Prozent gekommen. Auch eine empfindliche Einbusse in den Wahlen von 1939 (24,1 Prozent) haben sie rasch verkraftet und 1943 in den Kriegswahlen ihren bisherigen Höchststand von 28,9 Prozent erreicht. Dann folgte eine rückläufige Phase: bis 1971 waren sie wieder auf einen Anteil von 23,0 zurückgekehrt. Fast der ganze Verlust ist jedoch 1975 in einem vielbeachteten Rutsch auf 27,5 Prozent wieder wettgemacht worden.

Scheinen die Bauern, trotz ihrer Fusionierung mit den Demokraten, ähnlich den Freisinnigen ein eher rückläufiges Erfolgskonzept zu haben,

tummeln sich am unteren Rand der Skala hinter dem Landesring, der 1967 mit 8 Prozent Mandatsanteil seinen bisher grössten Erfolg feiern konnte, die kleinen Parteien mit wechselndem Wahlglück.

Hintergründe und Folgen

In aller Nüchternheit ist wohl festzustellen, dass die eingetretenen Verschiebungen, am Ganzen gemessen, von geringem Ausmass blieben. Trotzdem seien einige Überlegungen zu den Hintergründen der Veränderungen angebracht.

Wer zu den Kommentaren nach den drei letzten Nationalratswahlen von 1967, 1971, 1975 greift, der wird etwa belehrt, dass die 67er Wahlen durch einen Sieg der «Konsumentmentalität» sich ausgezeichnet hätten: Dieser Schluss wurde aus dem Umstand gezogen, dass damals die Migros-Partei auf Kosten aller vier Regierungsparteien ihre Mandatszahl auf einen Anrieb von 10 auf 16 erhöhen konnte. Es wurde der Meinung Ausdruck verliehen, dass der Wähler als Konsument offenbar besonders gut anzusprechen sei.

Wie fragwürdig solche Interpretationen sind, zeigten die Wahlen vier Jahre danach, als der Landesring trotz erstmaliger Teilnahme der Frauen wieder drei Sitze verlor. Die Gewinner waren 1971 die sogenannt «nationalen Parteien». Mit dem Landesring waren mit 5 Verlusten die Sozialdemokraten die zweiten grossen Verlierer. Es ist schwierig, die Wählermotivationen zu interpretieren. Immerhin bleibt festzuhalten, dass die Anti-Überfremdungsparteien mit dem

Kampfruf in die Arena gezogen waren, nicht nur die Überbesetzung der Wirtschaft mit fremden Arbeitskräften abzubauen, sondern auch zum «einfachen Leben» zurückzukehren.

1975 waren, wie schon bemerkt, die Sozialdemokraten wieder am Zug. Die 9 zusätzlichen Sitze, die sie in den jüngsten Wahlen errangen, verlockten dazu, von einem «Linksrutsch» zu sprechen. Dieser wurde allerdings dadurch relativiert, dass bei näherem Zusehen nur frühere Verluste wieder ausgeglichen werden konnten. Übrigens hat die Linke ihre Sitze dort zurückgeholt, wohin sie in den vorangegangenen Jahren entschwunden waren: von den Splitterparteien. Man hat deshalb in andern Kommentaren von einem Zusammenrücken auf die «demokratische Mitte» gesprochen.

So konnte nicht ausbleiben, dass Exponenten der Sozialdemokratie von einer Regierungsumbildung zu sprechen begannen. Es wurde unter anderem eine «Mitte-Links-Regierung» von Sozialdemokraten, Christdemokraten und Landesring unter Verweisung des Freisinns und der Bauern in die Opposition zur Diskussion gestellt. Wenn auch solche Spekulationen, jeder realistischen Grundlage bar, bald auf eine Kampfansage an die Bauern allein reduziert und schliesslich wieder ganz beiseite gelegt wurden, haben sie doch zu einer Versteifung der Fronten geführt. Die damaligen Gespräche um die sogenannten Regierungsrichtlinien wurden dadurch empfindlich gestört. Ja, ein Nachwirken jenes Hochgefühls ist bis heute spürbar geblieben, indem sich die sozialdemokratische Führung, im Widerspruch zu besonneneren Elementen in Partei und Gewerkschaften, im Auf-

wind radikaler Strömungen in Sachfragen immer häufiger auf die Konfrontation mit den andern Regierungsparteien, ja selbst mit den eigenen Bundesräten, versteifte.

So konnte nicht ausbleiben, dass man auch auf der andern Seite sich über die «Koalition» mit den Sozialdemokraten Gedanken zu machen begann: es verlautete da und dort, dass es letztlich auch mit einer rein bürger-

lichen Regierung ginge. Diese Tonart ist wohl nicht ernster zu nehmen, als sie gemeint war: als eine Art «Ordnungsruft», die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben! Mit dem Entschluss, die Finanzreform am 20. Mai gegen die sozialdemokratische Opposition durchzusetzen, ist jedenfalls ein Zeichen gesetzt.

Arnold Fisch

JOHANN MICHAEL SAILER – MELCHIOR DIEPENBROCK – CLEMENS BRENTANO

Eine Ausstellung im Museum der Stadt Regensburg

Die Aktualisierung regionaler Kulturtraditionen ist ein bewährtes Instrument kulturpolitischer Öffentlichkeitsarbeit und Selbstdarstellung. Nicht immer gelingt es jedoch den Behörden, öffentliches Interesse und wissenschaftliche Materialerschließung in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander zu setzen. Um so bemerkenswerter ist daher eine Initiative, die wie die Regensburger Ausstellung über Sailer, Diepenbrock und Clemens Brentano Stadtverwaltung und Universität zu einer organisatorischen und fachorientierten Zusammenarbeit vereint und im zur Verfügung stehenden Rahmen eine gut bemessene Dokumentation ermöglicht hat. Durch Bernhard Gajek erhielt die Ausstellung eine Konzeption, an der sich der Germanist und intime Kenner des Brentano-Kreises ebenso bewährte wie der ehemalige Museumspraktiker und Archivleiter, dem im «Freien Deutschen Hochstift – Frankfurter Goethe-museum» die Betreuung des Bren-

tano-Nachlasses anvertraut gewesen war. Sowohl dank seiner langjährigen Beschäftigung mit der handschriftlichen Werküberlieferung des Dichters als auch durch eine bevorzugte Auseinandersetzung mit Brentano und dessen Beziehung zur Bildenden Kunst war Gajek wie kaum jemand dazu berufen, eine Ausstellung zu gestalten, in der sich schriftlich überlieferte Quellen und bildnerisches Anschauungsmaterial gleichwertig gegenüberstehen und sich gegenseitig ergänzen.

Die Ausstellung gliedert sich entsprechend den Persönlichkeiten, denen sie gewidmet ist, in drei Bereiche, die jedoch nicht chronologisch aneinander gefügt sind, sondern sich wie konzentrische Kreise überlagern, in deren gemeinsamen Mittelpunkt die Person Clemens Brentanos gerückt ist. Regensburg erweist sich dabei als historischer Schnittpunkt biographischer und werkgeschichtlicher Zusammenhänge, die weit über den re-

gionalen Rahmen hinausführen. Von Westfalen, wo Sailer durch Brentanos Vermittlung die Familie Diepenbrock kennenlernte, über Frankfurt, Landshut und München verlaufen die in der Ausstellung dokumentierten zwischenmenschlichen Verbindungen überraschenderweise bis in die Schweiz. Emilie Linder, die aus Basel gebürtige Malerin und Altersfreundin Brentanos in München, war dem Regensburger Diepenbrockkreis nicht weniger verbunden als der Dichter selbst, der 1828 von seiner zweiten Schweizerreise nicht direkt nach Koblenz – wo er damals lebte – zurückkehrte, sondern zunächst Bischof Sailer auf dessen Sommer- und Herbstresidenz im Schloss Barbing bei Regensburg besuchte. Von damals notierte sich Brentano Sailer's drollige Erzählung eines «speziellen Gebets», deren handschriftliche Aufzeichnung – neben zahlreichen anderen Exponaten – das Frankfurter «Hochstift» der Ausstellung als Leihgabe zur Verfügung stellte.

Die mit den Namen Sailer, Diepenbrock und Brentano verwobene Geschichte eines Freundeskreises vermittelt einen Einblick in kulturhistorische Zusammenhänge, in denen sich kirchliche und literarische Fragen überschneiden. Ehe Sailer 1821 als Domkapitular nach Regensburg übersiedelte und 1829 Bischof von Regensburg wurde, hatte er während zweier Jahrzehnte in Landshut als Theologe unterrichtet und hier «den Mittelpunkt eines Kreises» gebildet, «der sich kritisch mit der verflachenden Aufklärung auseinandersetzte und die Tradition des christlich-abendländischen Mystik- und Erbauungsschrifttums zu beleben suchte».

Hier lernte ihn Clemens Brentano kennen, der 1808 seinen Schwager Friedrich Carl von Savigny nach Landshut begleitete und im Verlauf seiner damaligen Reise auch zum erstenmal in seinem Leben nach Regensburg kam. Sailer repräsentierte eine theologische Strömung, deren Ursprung im Pietismus des 18. Jahrhunderts lag. Seine freundschaftlichen Verbindungen zu Kant, zu Jung-Stilling und Lavater waren die Voraussetzung für ein verbreitetes Ansehen, das er zeit seines Lebens unter den Angehörigen beider christlichen Konfessionen genoss. Als «Repräsentant einer beide Bekenntnisse einschließenden christlichen Romantik» befand er sich jedoch früh im Gegensatz zur katholischen Orthodoxie, deren Intervention es auch verhinderte, dass er 1818 Professor in Bonn und später Bischof von Köln wurde. Hatte man sich in der preussischen Staatsführung bereits Hoffnungen gemacht, das Bischofsamt in der katholischen Rheinprovinz einem gemässigten Theologen übertragen zu können, so war Sailer ohne ausdrückliche «Aufforderung des Papstes (Pius VII.)» nicht bereit, das Angebot anzunehmen. Sailer, der auch Berufungen nach Heidelberg, Münster und Breslau ablehnte, blieb der bayerischen Heimat zeit seines Wirkens erhalten und war hier der Garant einer religiösen Liberalität, die noch weit über seinen Tod hinaus in der Regierungszeit Ludwigs I. nachwirkte.

Als Sailer 1818 mit den Vertretern Preussens in Briefwechsel stand und bereits wusste, dass er das preussische Angebot nicht werde annehmen können, reiste er dennoch ausgerechnet an den Rhein und nach Köln, wo er

mehrere Tage Station machte. Ziel seiner Reise war ein Aufenthalt in Westfalen, wo er in Dülmen die stigmatisierte Augustinernonne Anna Katharina Emmerick besuchte und in ihrer Umgebung auch Clemens Brentano wiedersah. Auf dieser Reise begegnete Sailer zum erstenmal in Holtwick bei Bocholt dem jungen Melchior Diepenbrock, den er bereits ein Jahr später in Landshut unter seinen Schülern wiedererblickte und den er 1823 in Regensburg zum Priester weihte. Sailer nahm Diepenbrock von 1824 an in seine Dienste als Privatsekretär, und mit diesem Jahr begann ein reger Gedankenaustausch zwischen ihnen beiden und Brentano, der damals – nach dem Tod der Emmerick – von Dülmen wegzog und sich im Frühling 1825 in Koblenz festsetzte. Hatte sich die Berufung Sailer an den Rhein seinerzeit zerschlagen, so verfügte er nun in Brentano über einen Vertrauensmann, der dort ähnlich wie Diepenbrock eine Art Privatsekretär im Dienste des Koblenzer Armenvaters und Stadtrats Hermann Joseph Dietz wurde. Im Koblenzer Katholischen Kreis, dem Brentano damals angehörte, verfocht er erfolgreich das Prinzip einer praktischen Frömmigkeit, das er im Sinne Sailer sowohl gegen die aufklärerische Bewegung des Hermesianismus ins Feld führte als auch gegen eine allzu strenge Orthodoxie. Was Brentano erreichte, war eine Annäherung zwischen Sailer und der mit dem rheinischen Katholizismus eng verbundenen Mainzer Schule, die unter der Führung des Priesterseminardirektors Andreas Raess ebenfalls einen orthodoxen Standpunkt vertrat. Brentanos Vermittlung hatte anfänglich so gros-

sen Erfolg, dass bereits im Herbst 1825 zwischen Raess und den Anhängern Sailer in der Schweiz ein persönliches Treffen vereinbart werden konnte. Nach einem Besuch bei Görres in Strassburg reiste Brentano auf seiner ersten Schweizerreise zusammen mit Raess nach Luzern, wo sie beide mit den Sailer-Schülern Franz Geiger, Alois Gübler und Josef Widmer Gespräche führten und gemeinsame Aktionen im Dienste des Katholizismus planten. Neben der von Görres redigierten Zeitschrift «Der Katholik» stand im Mittelpunkt der Planungen ein «Bücherbreitungsprojekt», das in verschiedenen von Brentano und Diepenbrock veranlassten Veröffentlichungen, vor allem Übersetzungen älterer Erbauungsbücher, seiner Verwirklichung entgegenging. Erst als Sailer im Mai 1832 gestorben war und Brentano wenige Wochen später zu Diepenbrock nach Regensburg übersiedelte, riss die Verbindung an den Rhein fast völlig ab, und auch zu Diepenbrock lockerten sich die Beziehungen, seit Brentano 1833 seinen Wohnsitz nach München verlegt hatte.

Vor dem Hintergrund dieser historischen Zusammenhänge entfaltet die Regensburger Ausstellung ein Dokumentations- und Bildmaterial, das die literarische und publizistische Aktivität Sailer, Diepenbrocks und Brentanos sowie ihres Umkreises sichtbar werden lässt. Sie dokumentiert die Erbauungsschriftstellerei Sailer ebenso wie seinen politischen Briefwechsel mit dem preussischen Staatskanzler Hardenberg. Sie zeigt die literarische Zusammenarbeit zwischen Diepenbrock und Brentano an einzelnen Veröffentlichungen, von denen die 1826 in Koblenz anonym erschienene Über-

setzung von «Fenelons Leben» von ihnen beiden allein verantwortet wurde, dagegen die Anthologie «Geistlicher Blumenstrauss» des Jahres 1829 unter Diepenbrocks Herausgeberschaft mit Beiträgen von Brentano und Luise Hensel erschien. Die Ausstellung zeigt auch das erste im Rahmen des katholischen «Bücherbreitungsprojekts» herausgekommene Werk «Die Parabeln des Vaters Bonaventura; ein vortreffliches Hilfsbüchlein für Seelsorger, Lehrer und Eltern zur Versinnlichung christlicher Wahrheit und Sittenlehre», dessen Druckvorlage Brentano bereits 1825 in die Schweiz mitnahm und dort dem Sailer-Schüler Berthold Schindler in Engelberg zur Lektüre auslieh. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht jedoch natürlicherweise das in Regensburg selbst von Brentano im Manuscript fertiggestellte Erbauungsbuch «Das bittere Leiden unseres Herrn Jesu Christi. Nach den Betrachtungen der gottseligen Anna Katharina Emmerick». Zu diesem, später in zahllosen Auflagen und Übersetzungen verbreiteten Buch entdeckte Bernhard Gajek im Sailer-Nachlass des Bischöflichen Zentralarchivs Regensburg erstmals handschriftliche Textzeugen, die sich an der «Innenseite des Umschlags um Sailer Tagebuch» der Jahre 1806 und 1808 erhalten haben. Das vollständige Druckmanuscript dieses Werkes ist aber ebenso verschollen, wie übrigens im Schindler-Nachlass – nach einer freundlichen Mitteilung von Pater Dr. Urban Hodel (Engelberg) – jede Spur vom Manuscript der «Parabeln» fehlt.

Was die literarische Zusammenarbeit Brentanos und Diepenbrocks kennzeichnet, ist die aktive Beteiligung einzelner Frauen, die wie Luise

Hensel als Lyrikerin oder Anna von Hertling – für die «Parabeln» – als Übersetzerin in die publizistische Arbeit einbezogen wurden. Hatte schon während der Dürmener Jahre in Anna Katharina Emmerick eine Frau jenes literarische Werk angeregt, von dem Brentano während seines Aufenthalts in Regensburg 1832/33 einen ersten Teil beendete, so bedeutete für ihn auch in München die Begegnung mit Emilie Linder Bekanntschaft und Sympathie einer Frau, die seiner literarischen Entwicklung neue Impulse vermittelte. Durch Emilie Linder hielt Brentano auch von München aus den Kontakt mit der niederbayerischen Bischofsstadt weiterhin aufrecht, und aus dieser Verbindung resultierte der anonyme Druck seines Gedichts «Legende von der heiligen Marina», den Brentano «zum Besten der durch den Donau-Eisgang 1841 Beschädigten in der Diöcese Regensburg» gestattete. Dass die Regensburger Ausstellung den Münchner Kreis um Emilie Linder ebenfalls dokumentierte, erweist sich als eine bedeutende Ergänzung nicht nur in regionaler Hinsicht, sondern vor allem angesichts der nazarenischen Bildkunst, die aus der Kunsthalle Basel und aus ehemaligem Besitz der Malerin selbst entliehen werden konnte. Besondere Beachtung verdient dabei der von Konrad Eberhard stammende Hausaltar Emilie Linders, «Triumph der christlichen Religion», der hier als Leihgabe des St. Clara-Spitals in Basel erstmals einer breiteren Öffentlichkeit gezeigt werden kann.

Die Ausstellung – zu der Bernhard Gajek zusammen mit Dieter Dennerle, Achim Hubel, Veit Loers und Jörg Traeger einen detaillierten Aus-

stellungsführer schrieb – dokumentiert ein Stück romantischer Literatur- und Kunstgeschichte, die am Beispiel des Lebens und Werks Clemens Brentanos eine epochentypische Entwicklung sichtbar werden lässt. Der allgemeine Überblick wird durch Einzelfunde ergänzt, die wie eine Reihe handschriftlicher Briefe aus der Dortmunder Landesbibliothek von der Forschung im Auge behalten werden müssen, ebenso wie der von Werner Lehner bearbeitete und zur Edition vorgesehene schriftliche Nachlass des Historienmalers Johann Carl Koch,

eines Mitglieds des Münchner Linderkreises. Dass in der vorgegebenen Epoche eine Regensburger Ausstellung nicht auf einen Beitrag zur «Walhalla» verzichten konnte, verrät nicht zuletzt eine berechtigte lokalpolitische Absicht, steht doch zu befürchten, dass die «landschaftliche» Wirkung dieses berühmtesten Bauwerks Ludwigs I. von Bayern durch den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals für immer beeinträchtigt werden könnte.

Konrad Feilchenfeldt

DIE SCHWARZEN AUF DEM THEATER AMERIKAS

Das Stadttheater in St. Gallen brachte im Februar die europäische Erstaufführung des amerikanischen Musicals *Raisin*. Das besondere an diesem Musical ist, dass es sich um ein Werk mit ausschliesslich schwarzen Darstellern handelt, weshalb man denn auch konsequenterweise Neger engagierte und in der Originalsprache singen liess. Das Schauspiel *A Raisin in the Sun* der Negerautorin Lorraine Hansberry (1930—65), das dem Musical zugrunde liegt, hat innerhalb der Theatergeschichte der schwarzen Amerikaner einen ganz besondern Stellenwert: es brachte die endgültige Anerkennung der Schwarzen am Broadway, und zwar sowohl als Künstler wie auch als Zuschauer. Noch wenige Jahre zuvor war es möglich, dass Schwarze am Broadway ihr eigenes Stück nur auf schlechten hintern Plätzen sehen konnten. Die Uraufführung

liegt in diesem Monat zwanzig Jahre zurück, was Anlass geben soll, die Entwicklung des Theaters der Schwarzen zu skizzieren. Was den Stellenwert dieser Uraufführung betrifft, so kann darauf hingewiesen werden, dass die erste und bisher umfassendste Darstellung des Theaters der Schwarzen am Broadway eben diese Aufführung als Endpunkt der dort behandelten Epoche betrachtet: Dors E. Abramson, *Negro Playwrights in the American Theatre, 1925—1959* (Columbia University Press, 1967).

Die frühesten Dramentexte von Schwarzen in den Vereinigten Staaten Amerikas finden sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Sie dienten als reine Propaganda-Pamphlete und sind wohl kaum je aufgeführt worden. Da wird etwa heimlich für den von den Quäkern unterstützten Fluchtweg für Sklaven aus den Südstaaten nach dem

Norden aufmerksam gemacht, die sogenannte Underground-Railway oder Railroad (William W. Brown, *The Escape*, 1858). Oder es wird für die Ideen von Booker T. Washington geworben, der die Neger zu absoluter Demut aufforderte und als eigentlicher Repräsentant der Accommodationisten galt, jener Leute also, die von den Schwarzen vollständige Anpassung an die Lebensgewohnheiten der Weissen forderten (Joseph S. Cotter, *Caleb, the Degenarate*, 1903).

Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelten sich die Minstrels, die sich bis in die 90er Jahre halten konnten: Weisse schminkten sich als Neger und führten den sogenannten Kuchentanz auf, in welchem sie die Schwarzen lächerlich machten. Später übernahmen dann allerdings Schwarze diese Vaudeville-artigen Aufführungen und versuchten sie ironisch zu verändern. Mit diesen Minstrels entstand eine der ersten stereotypen Negerfiguren: Jim Crow, ein verkrüppelter aber gutmütiger Neger, der komische Verse sang und nach jeder Strophe hochsprang, was ihm aber infolge seiner Verkrüppelung nur komische Effekte einbrachte. (Jim Crow-Gesetze heißen übrigens auch die Gesetze, welche die Rassentrennung vorschreiben oder auch Jim Crow-Coachs die Eisenbahnwagen, in denen die Schwarzen von den Weissen getrennt fahren mussten.)

Der grosse Erfolg von Harriet Beecher-Stowes Roman *Onkel Toms Hütte* (1852) und insbesondere dessen überaus häufige Dramatisierungen, von denen diejenige von George L. Aikens, die noch im selben Jahr zur Uraufführung gelangte in dem der Roman erschien, die wohl bedeutend-

ste ist, brachten weitere solche Stereotypen auf: das freigekaufte Sklavenmädchen Topsy, ein kindlich-naives Gemüt, das auch dann nicht ernst genommen wird, wenn es Fehler macht, und Uncle Tom, der fügsame, geduldige schwarze Christ. Es gab daneben noch eine ganze Reihe weiterer «Stereotypen», auf deren Umschreibung wir hier verzichten wollen; sie sind übrigens auch in der zeitgenössischen Romanliteratur anzutreffen. Für lange Zeit prägten sie das Bild des Negers und erschwerten es den Dramatikern – weissen wie schwarzen –, die Neger als wirkliche Menschen darzustellen. Wie stark diese Nachwirkung war, mag daraus ersichtlich sein, dass Abram Hill von dem 1940 von ihm gegründeten American Negro Theatre behaupten konnte, dessen wichtigstes Ziel sei es gewesen, die schwarzen Stereotypen zu zerstören. Ja noch 1957 konnte Langston Hughes sicher sein, einen grossen Lacherfolg zu erreichen, wenn er in seinem Musical *Simply Heavenly* eine Hauptfigur sagen lässt, die Neger könnten praktisch nichts tun, ohne dass ein anderer ihnen ein stereotypisches Verhalten vorwerfen würde.

Unter solchen Umständen und zugleich eingedenk der bekannten Diskriminierung der Neger in den Vereinigten Staaten, wird man sich nicht weiter wundern, dass es lange dauerte bis Neger als Figuren (ausser eben als komisch-lächerliche) auf die Bühne kommen konnten oder gar bis schwarze Autoren Stücke aus ihrer Umwelt schreiben konnten, welche irgendwie Aussicht auf eine Aufführung haben konnten. Tatsächlich vermochte erst Eugene O'Neill in *Emperor Jones* (1920) und *Alle Kin-*

der Gottes haben Flügel (1924) die Lage zu ändern; aber auch seine Figuren sind im Grunde Beispiele dafür, dass der Neger nur Schaden leiden werde, wenn er sich dem Lebensstandard der Weissen anzupassen versuche. Das Sprichwort «Schuster bleib bei Deinen Leisten» könnte beinahe als Motto über diesen Stücken stehen. Dennoch hat ihr gewaltiger Bühnenerfolg, nicht zuletzt dank der schauspielerischen Leistung von Paul Robeson, viel dazu beigetragen, den Neger endlich auf der Bühne ernst zu nehmen. Paul Green konnte so denn auch 1927 in *In Abraham's Bosom* erstmals ein krasses Bild der hoffnungslosen Lage der Neger in den Südstaaten geben – das Stück gewann den Pulitzer Prize. Zu dieser Zeit kommen auch die ersten Stücke schwarzer Autoren am Broadway heraus, obwohl die Neger als Zuschauer noch kaum zugelassen wurden: 1923 der Einakter *Compromise* von Willis Richardson (den Abramson übergangen hat, deshalb seine spätere Jahreszahl) und 1925 *Appearances* von Garland Anderson.

Willis Richardson war in der ersten literarischen Blüte der Schwarzen, der sogenannten Harlem Renaissance der 20er Jahre, einer der wichtigsten Autoren des Theaters. In der von Alain Locke herausgegebenen Anthologie *The New Negro* (1927), die mit ihren Aufsätzen und Dichtungen zum eigentlichen Manifest der Harlem Renaissance wurde, war sein *Compromise* als einziger Dramentext abgedruckt. Zwei Jahre später gab Locke zusammen mit Montgomery Gregory eine Stückesammlung heraus unter dem Titel *Plays of Negro Life*. Hier sind O'Neill und Green sowie Ridgley Torrence als weisse Autoren ver-

treten, mit insgesamt acht Stücken, daneben noch drei weitere weisse Autoren; des weitern finden sich noch acht schwarze Autoren. Gregory konnte bereits eine Chronologie der Negertheater (natürlich ausserhalb des Broadway) verfassen, denn «das Schauspiel über das Leben der Neger wird jetzt als ein wichtiger Faktor in der Entwicklung eines eigenständigen amerikanischen Theaters anerkannt» (Gregory). Von den in dieser Anthologie aufgenommenen schwarzen Autoren wird, wie gesagt, Willis Richardson die grösste Bedeutung zugemessen. Seine «folk plays» entsprechen am ehesten den Vorstellungen, die sich Alain Locke mit Blick auf den wachsenden Nationalismus in Europa von einem eigenständigen Theater der Neger machte. Vor allem Irland wurde zum Vorbild; Locke in *The New Negro*: «Harlem (das Negerviertel New Yorks) muss dieselbe Rolle für den neuen Neger spielen wie es Dublin für den neuen Irländer tut.» Gemeint war damit das Abbey Theatre, das vor allem die irischen Autoren Synge und O'Casey pflegte. Auffallenderweise wird auch Lorraine Hansberry wieder auf O'Casey gestoßen. In ihrer Bühnenbiographie *To Be Young, Gifted and Black* (von ihrem Gatten Robert Nemiroff auf Grund von Dokumenten zusammengestellt) findet sich eine Szene, in der sie sich von O'Casey *Juno und der Pfau* fasziniert zeigt.

In den 30er Jahren gab es in Amerika unter Roosevelts Präsidentschaft ein durch Bundesmittel unterstütztes Theaterleben (Federal Theatre Project), das auch die Negerkünstler zu unterstützen suchte. Langston Hughes – um den wichtigsten Autor dieser

Zeit zu nennen – schrieb ein Stück, das auf die Problematik der gemischt-rassigen Menschen hinwies, die zu meist aus Verbindungen zwischen weissen Sklavenhaltern und ihrer schwarzen Sklavin hervorgingen: *Mulatto* (1935). Es war mit fast 300 Aufführungen das erfolgreichste Stück eines Schwarzen am Broadway und sollte in der Aufführungszahl erst von Hansberrys *A Raisin ...* übertroffen werden. Dennoch ist auch hier ein bezeichnendes Detail festzuhalten: obwohl es schon bald eine italienische, französische, spanische, portugiesische und sogar eine japanische Übersetzung gab, erschien die Buchausgabe des Originals in Amerika erst in dem Band *Five Plays by Langston Hughes* im Jahre 1963. (Der Titel von *A Raisin in the Sun* entstammt übrigens einem Gedicht von Hughes, dessen drei ersten Zeilen wie folgt lauten: What happens to a dream deferred? / Does it dry up / like a raisin in the sun?).

Wie weit die Neger damals aber in dem Versuch eine eigene Kultur zu betonen gingen, mag das Beispiel von Orson Wells berühmter *Macbeth*-Inszenierung von 1936 zeigen: Nicht nur wurden alle Rollen von Schwarzen gespielt, es wurde vielmehr die Handlung von Schottland nach Haiti verlegt, was dann wiederum den Einbau von Wodo-Tänzen ermöglichte, d. h. religiöse Tänze mit einer Mischung christlicher und afrikanischer Tradition.

Richard Wrights überaus erfolgreicher Roman *Native Son* (1940) – der ebenfalls in Chicago spielt und wahrscheinlich der Hansberry zum Vorbild diente – wurde innert Jahresfrist dramatisiert, und zwar von Paul

Green; Regie führte wiederum Orson Wells. 1968 hat Green das Stück erneut aufgegriffen und aktualisiert.

Trotz solcher Erfolge bleibt festzuhalten, dass Abramson von 1925 bis 1959 nur 18 Stücke von 15 schwarzen Autoren am Broadway aufzählen konnte. Erst nach *A Raisin in the Sun* vermochten auch Bühnenwerke schwarzer Autoren am Broadway zu wirklich grossem Erfolg zu gelangen. In unserem Jahrzehnt konnten die Schwarzen mehr und mehr Terrain am Broadway gewinnen. Die Tatsache, dass 1973 aus diesem Schauspiel ein ebenso erfolgreiches Musical gemacht werden konnte, ist dafür nur einer von vielen Belegen. Im Herbst 1976 beispielsweise fanden sich in wenigen Tagen Schlagzeilen wie die folgenden in der *New York Times*: „Broadway Enjoying Black Talent Boom“ und – als Zeichen, dass inzwischen auch die Tourneen mit Broadway-Erfolgen immer mehr ihr eigenes schwarzes Publikum finden –: „From Coast to Coast, The Black Audience Grows“.

Aber nicht nur am Broadway haben sich die Dinge in bezug auf die schwarzen Mitbürger Amerikas geändert. Inzwischen hat sich auch eine starke politische Richtung des Theaters der Schwarzen entwickelt, auf die abschliessend noch kurz hingewiesen werden soll. Einer von dessen Hauptvertretern ist Ed Bullins, der 1968 in voller Unabhängigkeit eine Spezialnummer der wichtigsten amerikanischen Theaterzeitschrift (*Tulane Drama Review*) über „Black Theatre“ herausgegeben konnte. Einer von ihm herausgegebenen Anthologie hat er folgende Sätze als Motto vorangestellt: «Wir wollen nicht eine höhere Form

weisser Kunst mit schwarzen Gesichtern. Wir arbeiten auf etwas völlig anderes und neues hin, das die ganze Erfahrung unseres Daseins in diesem unterdrückenden Land wiedergibt.»

Inzwischen beginnt das Theater

der Schwarzen bereits, seine eigene Geschichte zu zeigen: Im Frühjahr 1978 konnte Woodie King einen Film über das neue Theater der Schwarzen fertigstellen.

Christian Jauslin

EIN PASSAGIER NAMENS DANTE IST IMMER AN BORD

Tagebuch-Notizen

Lessing als eine Möglichkeit des deutschen Wesens, die – nach Hofmannsthal – ohne Nachfolge blieb, ist ein Thema, das anlässlich der Veranstaltungen zu seinem 250. Geburtstag vereinzelt auch angesprochen wurde. Neben Feiern und Festaufführungen – so eine eindrucksvolle und hervorragend besetzte Fernseh-Inszenierung des «*Nathan*» – gab es Reden und Aufsätze, die den Versuch machten, Lessings Folgenlosigkeit bis in die deutsche Gegenwart nachzuweisen. In der «*Zeit*» skizzierte Dieter Hildebrandt das Lessing-Bild der Gegenwart: Man sieht jetzt deutlicher den Einzelgänger, den Deutschen, der von der «*Liebe des Vaterlandes keinen Begriff*» hat, wie er an Gleim schreibt, weil er sie nämlich für eine «*heroische Schwachheit*» hält und von sich selber sagt, er geize nicht nach dem Ruhm eines eifrigen Patrioten, weil ihn dieser vergessen lehre, dass er ein Weltbürger sein sollte. Hier wird auch, was viel zu wenig geschieht, der Zeitungsmann Lessing ins rechte Licht gerückt, der seine Belesenheit und seinen Scharfsinn darauf verwendet hat, die Vorurteile abzubauen, die er in

seiner eigenen Zeit wirksam sah. Ein Mann der Aufklärung war er schon, doch dies nicht in herausgehobener, renommierter Beamtung (was war schon der Bibliothecarius von Wolfenbüttel, verglichen mit geistlichen und weltlichen Würdenträgern!), sondern die grösste Zeit seines Lebens als Rezäsent und Journalist, ohne alles Prestige einer Professur oder einer andern Plattform, die auch dem mittelmässigen Geiste gesellschaftliches Ansehen garantiert. Viele seiner Schriften waren einmal Zeitungsartikel, man sollte es nicht vergessen. Zeitschriftenarbeit hat er sein Leben lang geleistet, und dies nicht bloss der Not gehorchend und dem Zwang zum bescheidenen Verdienst, sondern weil literarische, geistige Präsenz sein Lebenselement war. Nicht im geschlossenen Kreis der Akademien wollte er sie üben, sondern auf dem Markt und in den Journalen – und das scheint seinem Nachruhm bei den Deutschen nachteilig gewesen zu sein. Aber wenn er sich auch über antike Schriftsteller und deren Übersetzung ins Deutsche, über klassisches französisches Theater, über Milton und Shakespeare

auslässt: es ist die literarische Aktualität, die ihm auf den Nägeln brennt, «*Das Neueste aus dem Reiche des Witzes*», wie eine seiner kritischen Serien überschrieben ist. Und nie äussert er sich als «Vertreter» einer Gruppe oder einer Partei, sondern immer als ein freier Einzelner. Dieter Hildebrandt zitiert aus Lessings Vorrede zu den Schriften des spanischen Arztes Johann Huarte die Sätze, die wie ein knappes Selbstporträt des jugendlichen Herausgebers und Übersetzers anmuten: «*Sollte man ihn nun nach seinen Grundsätzen beschreiben, so würde man von ihm sagen müssen: er ist kühn, er verfährt nie nach den gemeinen Meinungen, er beurteilt und treibt alles auf eine besondere Art, er entdeckt alle seine Gedanken frei und ist sich selbst sein eigner Führer.*»

Jean Améry sprach es in seiner Wolfenbütteler Lessing-Rede aus: er sehe diesen geistigen und moralischen Typus im intellektuellen Panorama von heute nirgendwo. Der Grund? Es gibt ihrer mehrere. Lessings Plädoyer auf das Recht, seinen Kopf nach eigenem Gutdünken zu gebrauchen, mit Besonnenheit und Toleranz, jedoch unerbittlich im Kampf um die Freiheit von Zwängen, die der «*Erziehung des Menschengeschlechts*» entgegenstehen, hätte – es ist traurig genug – nicht allein bei den Mystagogen und Gurus der allerneusten Zeit keine Chance, sondern auch – wie Améry sagt – bei den «*Goezes von jetzt*», welche «*die Arroganz und repressive Toleranz einer als „marxistisch“ sich verstehenden Dogmatik*» zeigen. Das hindert freilich nicht, dass manche ihren Lessing wie ein Transparent zu Demonstrationszwecken vor sich hertragen. Hamburgs Erster Bürgermei-

ster *Hans-Ulrich Klose* hielt im Rathaus eine Festrede, in der er das Kunststück fertigbrachte, den Bogen von Lessings Hamburger Theater-schwierigkeiten zur eben erst peinlich und mühsam behobenen Intendanten-krise der Hanse-Stadt zu schlagen. Und kaum verborgen war auch die Anspielung des Redners auf sich selbst, wenn er da sagte, Lessings Gedanken zu Staat und Religion seien als Bedrohung empfunden worden, seine Kritik am Bestehenden mit bösartigem Eifer verleumdet. Denn neue Gedanken, so Klose, machten Angst. Nicht das Kritisierte werde zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion, sondern die Kritik und der Kritiker. Sei das heute etwa anders geworden?

*

Die Sendung, die das *Bayerische* und das *Deutschschweizer Fernsehen* gemeinsam zu Lessings Geburtstag produziert haben, trug den Titel «*Der Teufel lebt nicht mehr, mein Herr!*» *Walter Jens* hat sich ein «*Totengespräch*» zwischen Lessing und Heinrich Heine ausgedacht und damit eine Gattung wieder aufgenommen, die schon im 18. Jahrhundert sehr verbreitet war, übrigens oft auch mit Lessing als einem der Gesprächspartner. Noch Grillparzer hat ein Gespräch im Elysium zwischen ihm und Friedrich dem Grossen geschrieben. Im Falle der neusten Version, in der *Martin Benrath* (als Lessing) und *Christoph Bantzer* (als Heine) sich in einer Unterwelt gegenüberstehen, die wir uns als Universalbibliothek zu denken haben, überwiegt stellenweise allerhand Verspieltes und Verstiegenes. Da begeistert sich der *Bibliothecarius* von

Wolfenbüttel langfädig über Heines Wortfund «Krümpe» oder äussert sich zur Geschichte der Syphilis, die er im fünften nachchristlichen Jahrhundert nachzuweisen hofft. Über den «*Nathan*» kommt das Gespräch auf «*Faust*» (von Goethe und von Heine), worauf die Gesprächspartner sich daran machen, ein ganz neues «*Faust*»-Projekt auszuhecken. Der Versuch, ein Standbild vom Sockel zu holen, nicht um es zu zerstören, sondern um den Kritiker und Dichter, dem es errichtet ist, für die Dauer dieses Spiels gegenwärtig und lebendig zu machen, ist geglückt. Nur müsste das Gespräch «*Der Teufel lebt nicht mehr, mein Herr!*» eigentlich das neunzehnte und das zwanzigste Jahrhundert mit einbeziehen: Balzac vielleicht und sicher auch den «*Faustus*» von Thomas Mann, in welchem bekanntlich ein höchst lebendiger Teufel sein Unwesen treibt. Wie steht es mit den Untergängen? Hat Lessing sie ignoriert? Soviel ich sehe, existiert bei ihm das Thema Höllenfahrt nicht. Zu Dante hat er sich nicht geäussert.

*

Hans Paeschke, der zweiunddreissig Jahre lang, zuerst zusammen mit Joachim Moras und nach dessen Tod im Jahre 1961 allein, die Zeitschrift *MERKUR* als Redaktor geführt hat, übergab mit der Dezembernummer die Leitung an Hans Schwab-Felisch. Zeitschriftenarbeit ist ihrem Wesen nach anders als Tagesjournalismus. Nicht die Nachricht und ihr Kommentar, sondern die tieferen Tendenzen der Zeit und ihre Widersprüche sind darzustellen: nicht das Gekräusel an der Oberfläche des Stroms, son-

dern das, was er in der Tiefe vor sich herschiebt. Der Zeitschriftenmacher hat kein anderes Programm als die geschärzte Aufmerksamkeit auf das, was die Zeit bewegt. Gegenwart verstehen heisst für ihn, dort Fragen zu stellen, wo zeitgerechte Antworten die Probleme verschleiern. Man hat dem *MERKUR* unter Hans Paeschke schon vorgeworfen, er sei «*aktuell zu wenig engagiert*». Er hat sich dagegen nicht nur nicht gewehrt, er hat es angenommen, und genau besehen ist es eher ein Lob als ein Tadel, weil das Bild einer Zeit nur aus der Distanz ins Auge gefasst werden kann. Begreiflich, dass die eitlen Akteure im Rampenlicht nicht wahrhaben wollen, dass Entscheidendes geschah, noch bevor das Stück auch nur geschrieben wurde, das sie aufführen. Was Paeschke versucht habe, so kritisieren sie ihn, sei «*überzeitliche Gegenwartsbewältigung*» – kein schönes Wort fürwahr, ich möchte dafür nicht die Verantwortung übernehmen; aber im Grunde ist es gar nicht so unpassend im Hinblick auf die Aufgaben einer Monatszeitschrift, wie sie Paeschke verstanden hat. Schon *Heinrich Heine*, ein Zeitschriftenmann von Geblüt auch er, suchte das Verständnis der Gegenwart nicht in der Auflösung dessen, was er die «*lärmenden Tagesrätsel*» nannte, sondern wagte sogar den Satz: «*Die Salons lügen, die Gräber sind wahr.*» Und was denn, in der Tat, könnten wir sinnvolleres tun, als das Neue zu prüfen, indem wir es mit dem vergleichen, was wir als Mass und Wert aus der Überlieferung kennen? Offenheit gegenüber dem Entstehenden sollte niemals Untreue gegenüber dem nach sich ziehen, was sich bewährt hat. Vielleicht zeigt ein

Rückblick auf die Jahrgänge der Zeitschrift MERKUR, dass genau dieser Geist der Offenheit und des kritischen Wägens es ist, der die Arbeit Paeschkes und seiner Mitarbeiter auszeichnet. Und freilich wird einem da auch bewusst, wie sehr Gegenwart beschreiben und verstehen in diesen drei Jahrzehnten bedeutet hat, von Untergängen zu reden. Rudolf Borchardt schrieb da über den «Untergang der deutschen Nation», Geoffrey Barraclough nahm «Abschied von der europäischen Geschichte», Arnold Gehlen zeichnete das «Ende der Persönlichkeit» nach, Jürgen Habermas das «Missverhältnis von Kultur und Konsum». Hans Magnus Enzensberger geisselte die «Aporien der Avantgarde» (1962!). Von Peter Demetz übrigens brachte der MERKUR 1971 einen Aufsatz über die «Folgenlosigkeit Lessings», von Leszek Kalkowski einen über die «gestrandete Linke». Hans Paeschke schliesst seinen Abschiedsartikel mit einem Zitat aus den «Brosamen des Lazarus» von Max Rychner, einem Dialog, der erstmals in der Zeitschrift MERKUR erschienen ist. Es lautet:

A: Unsere Kultur ist im Niedergang; es ist mit Händen zu greifen. Ein Jammer!

B: Es kommt nicht auf unsere Kultur an, sondern auf deine. Wie steht es mit ihr?

*

Die *Titanic* in dem Vers-Epos, das Hans Magnus Enzensberger über ihren Untergang geschrieben hat, ist der Inbegriff des Fortschritts, was immer man darunter verstehen mag. Technik und Komfort, Kapazität und Luxus

gipfelten, was die Passagierschiffahrt betrifft, 1912 in dem gigantischen Dampfer, der bei seiner Jungfern- fahrt auf einen Eisberg stiess und mit Mann und Maus versank. Für Enzensberger ist das Riesenschiff zugleich ein Symbol, das Narrenschiff der Neuzeit. Er sieht in seinem Untergang zunächst eine interessante Begebenheit, eine Katastrophe, die in Filmen, Romanen, Dokumenten und Erinnerungen von Überlebenden gegenwärtig geblieben ist. Aber er sieht darin auch, was mit uns allen geschieht, die wir «im gleichen Boot sitzen». Der Untergang der Titanic ist für ihn ein «Untergang im Kopf», nämlich Untergang der Hoffnungen, dessen, woran wir glauben und wofür wir uns einsetzen, auch für das, was die einen so und die andern anders als geschichtlichen Fortschritt verstehen. Enzensberger hat sein Gedicht 1969 in Habana begonnen, er hat es verloren und versucht nun im Zeitpunkt der Niederschrift 1977 in Berlin, es zu rekonstruieren. Untergegangen sind also im Zeitpunkt des zweiten Anlaufs auch «die sonderbar leichten Tage der Euphorie», wie er die Hoffnungen des Jahres 1968 nennt, konkret auch die Hoffnungen, die sich damals auf Cuba richteten für eine Weile:

*Es schien uns, als stünde etwas bevor, etwas von uns zu Erfindendes.
Wir wussten nicht, dass das Fest längst zu Ende,
und alles Übrige eine Sache war
für die Abteilungsleiter der Weltbank
und die Genossen von der Staats-
sicherheit,
genau wie bei uns und überall sonst auch.*

Enzensbergers episches Gedicht lebt von der Beschwörung detailgetreuer Szenen des historischen Schiffsunglücks ebenso wie von der Rechenschaft, die da ein Überlebender jenes anderen Untergangs ablegt; es lebt von seinen Zweifeln, seinen satirischen Ausfällen, seinen imitatorischen Kunststücken, seiner Polemik und seiner Trauer. Er nennt sein Gedicht im Untertitel eine Komödie, und eigentlich kann gar kein Zweifel sein, wie das gemeint ist. Mehrmals ist da von Dante die Rede, und einmal heisst es:

*Was kann ich dafür? Nicht ich habe
diese Geschichte erfunden
vom untergehenden Schiff, das ein
Schiff und kein Schiff ist;
der Irre, der sich für Dante hält, ist
Dante selber;
ein Passagier, der so heisst, befindet
sich immer an Bord;
es gibt keine Metaphern. Ihr wisst
nicht, wovon ihr redet.*

Aber dass man das als Komödie bezeichnete Epos in dreiunddreissig Gesängen, denen Bildbeschreibungen, Exkurse, erkenntnistheoretische Einschübe und lyrische Strophen zugeordnet sind, auch als effektvollen Text für einen Schauspieler nehmen kann, bewies der Abend mit *Peter Arens* im *Keller des Schauspielhauses Zürich*. Arens liest das Werk «*Der Untergang der Titanic*» (Suhrkamp Verlag) mit einigen Kürzungen in einem atemberaubenden Kraftakt. Er beginnt mit einer knappen Einführung und übernimmt dann die Rolle des Dichters

und Chronisten. Er setzt mit Bedacht die ruhigen, stillen Partien ab von den dramatischen, polemischen und boshaften Teilen. Es ist eine Darbietung fast ohne Geste, fast nur auf Rezitation, auf sprachlichen Ausdruck beschränkt. Auch der Tisch, der Stuhl, die weiss gekachelten Wände, die zu einer andern, in Klinikräumen spielegenden Inszenierung gehören, sind offensichtlich in der Absicht gewählt oder stehengelassen, nüchterne, larmässige Bedingungen zu schaffen. Um so stärker ist die Kraft des Wortes, der rhythmischen Rede, des Verses. Der Eisberg, die Luxusräume des Dampfers und ihre Bewohner, ihr Schlemmerleben und ihre smarten Gespräche, dann die Passagiere im Zwischendeck (die «Unterschicht»), die Heizer und Maschinisten in der Tiefe des Schiffsrumphs, die Gemälde, mit denen die Salons geschmückt sind, immer jedoch auch die Stimmung in Cuba 1969, etwa die «angenehm subversiven» alten Pariser Trotzkisten im Hotel Nacional: keine «göttliche Komödie» zweifellos, aber eine «comédie humaine», in welcher Phantasie und Realität ineinander übergehen.

Dies ist ein Gedicht vom Untergang. Zugleich aber ist es die Wiedergeburt einer Gattung, wenigstens im deutschen Literaturbereich. Das Vers-Epos oder das epische Gedicht galt hier als verloren und nicht mehr möglich. Hier ist eines, und ein meisterhaftes dazu.

Anton Krättli